



GroKo knausert beim Kindergeld

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 25. März 2015

"Die Anhebung des Kindergelds ist völlig unzureichend. In verteilungspolitischer Hinsicht ist der heutige Kabinettsbeschluss der Gipfel der Ungerechtigkeit. Von der Anhebung des Grundfreibetrags profitieren vor allem Gutverdienende. Familien müssen sich beim Kindergeld mit Peanuts begnügen. Menschen im Hartz IV-Bezug bekommen wieder einmal nichts. Und Alleinerziehende, meist Frauen, lässt die GroKo weiter im Regen stehen", erklärt Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Ernst weiter:

"DIE LINKE fordert schon seit Jahren einen Mindestbeitrag beim Kindergeld von 200 Euro und eine deutliche Anhebung des Kinderzuschlages für Familien mit geringem Einkommen. Der massive Ausbau einer gebührenfreien sozialen Infrastruktur für Familien und ihre Kinder ist ebenso dringend erforderlich. Über eine gerechte Steuerpolitik muss der Staat sich endlich bei den Bessergestellten die Mittel dafür besorgen."

